

Oxfam-Bericht „**Cease Failure: Rethinking seven years of failing policies in Gaza**“

Deutsche Zusammenfassung

Die jüngste gewaltsame Eskalation im Gaza-Streifen und in Südisrael hat weitere Menschenleben gekostet: Bisher wurden während der Gaza-Krise 2.100 Palästinenser/innen getötet, 85 Prozent davon Zivilist/innen, sowie sechs Zivilist/innen in Israel und 64 israelische Soldat/innen. Mehr als 10.000 Palästinenser/innen, die große Mehrheit von ihnen Zivilist/innen, und über 500 Israelis wurden verletzt. Weite Teile der lebensnotwendigen Infrastruktur im Gazastreifen wurden zerstört und über 100.000 Palästinenser/innen haben ihr Zuhause verloren. Erste Schätzungen der Kosten für den Wiederaufbau belaufen sich auf mehrere Milliarden US-Dollar.

Das neue Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hamas, das am 26. August geschlossen wurde, ist eine dringend nötige Atempause für die Zivilbevölkerung nach 50 Tagen andauernder Gewalt, aber es ist nur der erste Schritt hin zu Frieden und Sicherheit für alle. Nachdem Gaza 2012 bereits eine weitere Eskalation der Gewalt erlebt hatte, hatten es israelische wie palästinensische Politiker/innen – sowie die internationale Gemeinschaft – versäumt, die damalige Waffenruhe zu nutzen, um die Spirale der Gewalt zu beenden und damit das Leben der Menschen auf beiden Seiten dauerhaft zu verbessern. Eine solche Chance darf nicht noch einmal ungenutzt bleiben. Jetzt ist die vielleicht letzte Gelegenheit, langfristige Lösungen zu finden, die greifbare Verbesserungen für Israelis wie Palästinenser/innen mit sich bringen. Anderenfalls werden solche militärischen Eskalationen in immer kürzeren Abständen auftreten und zu noch größerer Unsicherheit für Israelis und Palästinenser/innen führen.

Die aktuelle palästinensische Einheitsregierung aus PLO und Hamas kann grundsätzlich dazu beitragen, die Teilung des besetzten palästinensischen Gebietes zu überwinden. Doch die israelische Politik der (politischen und physischen) Trennung Gazas von der Westbank vertieft fortwährend die Spaltung des besetzten palästinensischen Gebietes und erschwert so die nach wie vor angestrebte Zwei-Staaten-Lösung massiv. Strafmaßnahmen Israels, die überproportional die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen treffen, haben dazu geführt, dass das Pro-Kopf-BIP dort mit 1.074 US-Dollar nur halb so hoch ist wie das in der Westbank und nur knapp drei Prozent des Pro-Kopf-BIP Israels beträgt.

Israel hat legitime Sicherheitsinteressen und hat das Recht, seine Zivilbevölkerung vor bewaffneter Gewalt zu schützen. Dies darf aber nicht zulasten der palästinensischen Zivilbevölkerung gehen. Es liegt auch im langfristigen Interesse Israels, den Nährboden für Hass und Gewalt einzudämmen, unter anderem dadurch, dass auf beiden Seiten qualitativ gute Lebensstandards herrschen. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser/innen erfordert eine politische Lösung, die mit einem Waffenstillstand beginnt, ein Ende der Blockade Gazas beinhaltet und mit einem im Sinne des Völkerrechts ausgehandelten Friedensabkommen endet. Dies setzt auf Seiten der Hamas die explizite Anerkennung des Existenzrechts Israels und einen Gewaltverzicht voraus (gemäß der sog. Quartett-Prinzipien).

Der Bericht empfiehlt der internationalen Gemeinschaft unter anderem folgende sofortige Schritte:

- Schutz der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten vor militärischen Operationen und Raketenbeschuss, indem Druck auf alle Konfliktparteien bezüglich eines dauerhaften Gewaltverzichts ausgeübt wird und indem internationales Personal eingesetzt wird, das Verletzungen der Waffenruhe dokumentiert und die Grenzen überwacht;
- Ermöglichung des Personenverkehrs aus und nach Gaza, indem insbesondere die Grenzübergänge Erez (in die Westbank und nach Ost-Jerusalem) und Rafah (nach Ägypten) wieder freigegeben werden;
- Abschaffung von Einschränkungen des Imports von Gütern, die essenziell für den Wiederaufbau und die Entwicklung Gazas sind, insbesondere durch den Ausbau des Grenzübergangs Kerem Shalom;

- Ausbau der diplomatischen Beziehungen zur neuen technokratischen palästinensischen Einheitsregierung, Unterstützung für baldige Neuwahlen und Verpflichtung der neuen Regierung auf die Quartett-Prinzipien.